



Arbeitslosenverband Deutschland Bundesverband e.V.

Erklärung

5 Jahre Agenda 2010 – die Hartz Reform Erfolg oder Flop?

Der Namensgeber ist inzwischen von der Bildfläche verschwunden, seine Reformen erregen noch heute die Gemüter und spalten die Gesellschaft nach wie vor in Befürworter und Gegner.

Die Hartz-Reform sollte die Arbeitslosigkeit bekämpfen, doch sie wurde teilweise zu einem Kampf gegen die Arbeitslosen. Das Ziel, die Arbeitslosigkeit in 3 Jahren zu halbieren, wurde nicht erreicht.

Während Wirtschaftsverbände und die an der Beschlussfassung der Reform beteiligten Parteien ein Loblied auf die Agenda 2010 singen und ihrer Umsetzung das gegenwärtige Wirtschaftswachstum zuschreiben, nimmt der Bundesverband aus der Sicht der Betroffenen und aus seiner täglichen Arbeit mit den und für die Betroffenen eine eigene Bewertung vor.

Das ganze Spektrum der Auswirkungen und Ergebnisse der Reform kann nicht abgebildet werden, deshalb beschränkt sich der Bundesverband auf die gravierendsten.

Absenkung der Arbeitslosenzahlen

Die erfreuliche positive Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit 2006 ist im Wesentlichen auf das Wirtschaftswachstum und nicht auf die Hartz-Gesetze zurückzuführen. Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung.

Trotz Aufschwung stellen die Unternehmen weniger Arbeitskräfte ein als in der vergleichbaren Wachstumsphase von 1998 – 2000. Der zusätzliche erforderliche Arbeitskräftebedarf wurde vor allem durch eine Ausweitung von Arbeitsstunden sowie den Rückgriff auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedeckt.

Neben demographischen Effekten ist die Absenkung der Arbeitslosenzahlen in wesentlichen Teilen auch das Ergebnis einer bereinigten Statistik. Als vor kurzem noch die Zahl von 3,9 Millionen Arbeitslosen die Runde machte, bezogen tatsächlich rund 6,2 Millionen Menschen Arbeitslosengeld.

Während die Zahl im Vergleich zum Vorjahr über 820.000 Arbeitslose weniger ausweist, ging die der Leistungsempfänger nur um rund 447.000 zurück.

Das bedeutet, dass nur 54 Prozent der Arbeitslosen erfasst wurden.

Wie kann das sein?

Die Politik hat offensichtlich ihre eigene Definition für den Arbeitslosenstatus gefunden. Danach reicht es einfach nicht aus, keine Arbeit zu haben, um in der Statistik als arbeitslos geführt zu werden.

Nicht arbeitslos im Sinne der Statistik aus Nürnberg gelten Arbeitslose, die trotz Leistungsbezug nicht vermittelt werden, wie:

- alleinerziehende Mütter ohne Kindergartenplatz;
- während einer Fort- und Weiterbildung
- Ältere über 58 Jahre;
- 1-Euro-Jober
- Jobs über 15 Wochenstunden

Ja, der 1-Euro-Job unterbricht zudem noch die Langzeitarbeitslosigkeit!

Prekäre Beschäftigung ausgeweitet

Die Reform erhöhte den Druck auf Löhne und Gehälter der Beschäftigten und förderte den Druck zur Annahme auch prekärer Arbeitsangebote.

So nehmen Arbeitslose immer öfter Arbeit an, für die sie über- oder unterqualifiziert sind und es werden Zugeständnisse bei der Lohnhöhe gemacht.

Das hat zur Folge, dass es zunehmend mehr Menschen gibt, die „arm trotz Arbeit“ sind und damit von ihrer eigenen Arbeit nicht mehr leben können.

Waren es im September 2005 noch 949.000, ist die Zahl der hilfebedürftigen Beschäftigten inzwischen auf 1,3 Millionen gestiegen. Das belegt, dass trotz Arbeit und hoher Flexibilität viele Menschen nicht aus der Abhängigkeit staatlicher Zuschüsse herauskommen.

Von September 2006 zu September 2007 gab es einen Zuwachs von
 694.000 Beschäftigungen, davon waren
 240.000 in Leiharbeit
 125.000 im Niedriglohnbereich
 174.000 versicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Nebenjob

Seit Oktober 2000 ist ein Rückgang von knapp 2 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zu verzeichnen.

Besonders in Ostdeutschland ist Hartz IV weit in die normale Arbeitswelt eingedrungen.

Die Entwicklung der prekären Beschäftigung ist eine „tickende Zeitbombe“. Zunehmende Kinderarmut ist bereits ein Ergebnis und Armut im Alter ist vorprogrammiert.

Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit, Mini-Jobs, prekäre Scheinselbständigkeit und Dauerpraktika von Berufsanfängern sowie die Aushebelung des Kündigungsschutzes durch die Möglichkeit der unbegrenzten Befristung von Arbeitsverträgen für über 52-jährige tragen dazu bei, reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu verdrängen.

Diese Fehlentwicklung als „Lohneinsparsystem für Arbeitgeber“ muss beendet werden. Nur eine anständige Bezahlung, z. B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn kann dazu beitragen, dass der Aufschwung auch endlich bei den „kleinen Leuten“ ankommt.

Zeitarbeit

Die Reform öffnete die Tür für mehr Zeitarbeit, denn wenn sich jemand besonders über 5 Jahre Agenda 2010 freuen kann, dann die Betreiber von Zeitarbeitsfirmen. Welch eine Gelegenheit zum Geldverdienen für wenige auf dem Rücken von vielen!

Während die Agenturen für Arbeit die Zeitarbeit preisen und auf die „Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ verweisen, sehen wir ein anderes Bild.

Zum einen bleiben viele gerade mal 3 Monate in Arbeit, während andere 3 Jahre von der Zeitarbeitsfirma an ein und dasselbe Unternehmen „ausgeliehen“ werden. Eine glatte Perversion des ursprünglichen Zeitarbeitsgedankens, der ursprünglich das Risiko der Beschäftigungssuche auf das Unternehmen verlagerte und der Arbeitnehmer dafür eine geringere Bezahlung in Kauf nahm.

Aber seit dem im Ergebnis der Agenda 2010 ein Unternehmen ein und denselben Arbeitnehmer unbeschränkt ausleihen darf, besteht eigentlich kein Risiko für die Unternehmen mehr.

Und der Arbeitnehmer geht mit 60 bis 70 Prozent des üblichen Lohnes nach Hause! Wer ist hier der Sozialschmarotzer?

Das Lohndumping, das allein durch die massenhafte missbräuchliche Nutzung der neuen Zeitarbeitsregeln zu verzeichnen ist, wäre doch einen Dank der Unternehmer an die Regierungen Schröder und Merkel wert, oder?

Zeitarbeit könnte im Einzelfall eine befristete Lücke im Berufsleben schließen. Damit Leiharbeit nicht als Ersatz für Dauerarbeitsplätze missbraucht werden kann, müsste die Forderung umgesetzt werden, das ab der 2. Woche an den Leiharbeiter der übliche Tariflohn des Unternehmens oder der Branche zu zahlen ist.

Fazit

Durch die Reform, umgesetzt durch 4 Gesetze, ist kein signifikanter Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit erzielt worden.

Vermeintlich positive Effekte wie das Erschließen von neuen Beschäftigungspotenzialen durch Förderung der Existenzgründung, Einführung von Midi- und Mini-Jobs sowie Flexibilisierung der Zeitarbeit sind mit gravierenden negativen Begleiterscheinungen wie Prekarisierung, Mitnahmeeffekten und Erosion von Vollzeitarbeitsplätzen verbunden.

Die Trennung der Arbeitslosen in zwei Regelkreise wirkt sozial selektiv und grenzt gerade die Gruppe, die Leistungen am nötigsten hätte, weitgehend aus. Ein einheitlicher Akteur als Vertreter der Interessen aller Arbeitssuchenden wäre notwendig, um die Schnittstellenproblematik und die damit verbundene Anreizstruktur zu beseitigen.

Die zentrale Detailsteuerung der BA ist wirklichkeitsfremd und lässt kaum Spielraum für notwendige Flexibilitätsspielräume auf regionaler und lokaler Ebene zu.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember 2007 zur Verfassungswidrigkeit der ARGEn ist eine Klatsche für den Gesetzgeber und Zeugnis einer unprofessionellen Arbeit.

Bereits zweimal wurden die Gesetze der Agenda 2010 nachgebessert, um u.a. die den Kostenrahmen sprengenden Ausgaben in den Griff zu bekommen. Leider gab es dabei mehrheitlich Verschlechterungen für die Betroffenen.

Die so oft beschworene positive Wirkung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat den Betroffenen auch wesentliche Verschlechterungen gebracht. Das betrifft vor allen Dingen den Wegfall von Beihilfen.

Die Zahl der Kinder, die in Armut leben, hat sich in den letzten 3 Jahren verdoppelt. Derzeit sind es 2,5 Millionen Kinder in Deutschland! Das ist mehr als ein Armutszeugnis für eines der leistungsfähigsten und reichsten Länder der Europäischen Union.

So liegt der EU-Durchschnitt bei öffentlichen Ausgaben für Familien mit Kindern bei 2,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Deutschland liegt mit 1,9 Prozent unter dem EU-Durchschnitt.

Das ist ein Raubbau an unserem Nachwuchs!

Die Reformen boten keine Brücke für Langzeitarbeitslose in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Befristete Maßnahmen über Eingliederungszuschüsse und Beschäftigung mit Aufwandsentschädigungen prägen ihre Lebensbiografie.

Die Agenda 2010 mit ihren Gesetzen brachte und bringt für die Betroffenen „mehr Schatten als Licht“ und deren teilweise fatale Auswirkungen sind nicht mehr zu leugnen.